Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 17/1588



Antrag

der Fraktionen von CDU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

Kooperationsverbot in der Bildungspolitik aufheben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass sich alle staatlichen Ebenen gemeinsam für das Ziel einer Verbesserung des Bildungswesens einsetzen können. Dazu sollen bestehende verfassungsrechtliche Hindernisse bei einer finanziellen Förderung dieses Ziels durch den Bund schnellstmöglich beseitigt werden.

Damit der Bund seinen Teil der Verantwortung künftig wieder wahrnehmen kann, wird die Landesregierung gebeten, eine Bundesratsinitiative zu starten, um das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik aufzuheben.

Begründung:

Das Kooperationsverbot in der Bildung sollte ursprünglich eine klare Trennung zwischen den Aufgaben von Bund und Ländern ziehen. In der Praxis müssen aber intransparente und komplizierte Wege gesucht werden, damit der Bund vor allem finanzschwächeren Ländern mögliche Unterstützung in diesem Bereich zukommen lassen kann.

Daniel Günther und Fraktion

Kirstin Funke und Fraktion

Jürgen Weber und Fraktion

Anke Erdmann und Fraktion

Anke Spoorendonk für den SSW